

Ressort: Auto/Motor

Gemeinden fordern Bundesmittel für eigene E-Auto-Flotten

Berlin, 14.06.2016, 07:21 Uhr

GDN - Ein Jahr nach der Einführung des Elektromobilitätsgesetzes hat der Städte- und Gemeindebund mehr Geld vom Bund zur Förderung von öffentlich und gewerblich genutzten E-Autos gefordert. "Wer uns hilft, bei den Fuhrparkflotten der Städte und Gemeinden konsequent auf E-Mobilität umzusteigen, unterstützt die Vorbildfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und leistet einen wichtigen Beitrag zur Feinstaubreduzierung in den Städten", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der "Rheinischen Post" (Dienstausgabe).

Deutlich mehr Unterstützung sei auch für das Handwerk und kleingewerbliche Logistikunternehmen sinnvoll, sagte er. Zudem brauche es eine Gesamtstrategie. "Allen voran ein beschleunigter Ausbau einer flächendeckenden Lade-Infrastruktur in den Kommunen ist von zentraler Bedeutung", so der Verbandschef. Wer sein Auto nicht aufladen könne, werde auch keins kaufen, sagte Landsberg. Bis 2020 will die Koalition eine Million E-Autos auf deutsche Straßen bringen, bis Januar 2016 waren es nur rund 25.500.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-73905/gemeinden-fordern-bundesmittel-fuer-eigene-e-auto-flotten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619